

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 M., monatlich 1 M., 1 monatlich 50 Pf. Einzelne Nummern 10 Pf. Alle Kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends: „Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das Königl. Amtsgericht, das Königl. Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Egler & Feurer Nachf.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gefaltene Beizeile oder deren Raum 15 Pf. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pf.

„Eingeladene“ und „Reklame“ 50 Pf. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechende Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“

Inseraten-Aannahmestellen: In Schandau: Expedition Kaufstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haackstein & Vogler, Invalidentank und Rudolf Hoffe; in Frankfurt a. M.: G. L. Danne & Co.

Amtlicher Teil.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Malermeisters Gustav Adolf Schödel in Schandau wird nach Abhaltung des Schlusstermins hierdurch

aufgehoben.

Schandau, den 27. Oktober 1913.

Königliches Amtsgericht.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Dachdeckermeisters Franz Nietschel in Schandau wird nach Abhaltung des Schlusstermins hierdurch

aufgehoben.

Schandau, den 28. Oktober 1913.

Königliches Amtsgericht.

Nichtamtlicher Teil.

Des Reformationsfestes wegen gelangt die nächste Nummer am

Sonnabend mittag zur Ausgabe.

Inserate, insbesondere Jahrmärkte-Anzeigen, für die nächste Nummer bitten wir bis Donnerstag abend aufzugeben.

Zum Reformationsfest.

Der 31. Oktober bleibt für alle Zeit ein Tag, an dem unser deutsches evangelisches Volk seinem Gotte nicht genug danken kann. Mit dem Namen des Martin Luthers verknüpft sich das Größte und Beste, das unser Volk sein eigen nennt: Gewissensfreiheit und Glaubensgewißheit, Gottvertrauen und Bekenntnisfreudigkeit. Ganz gewiß wollen wir's nie vergessen, daß Luther uns von Roms Fesseln frei gemacht hat; aber das Beste an unserm Luther ist doch, daß er nicht bloß Altes, Morsches zerstörte, sondern daß er auch Neues mit starker Hand und freiem Blick aufbaute. Nicht nur los von Rom, sondern auch hin zum Evangelium hat uns der große Mann von Wittenberg geführt — dazu gab er seinem Volke die deutsche Bibel und den Katechismus in die Hände, dazu hat er sein Volk in deutschen Lauten seinem Gotte singen, hat es kindlich beten gelehrt. — Noch vier kurze Jahre, und wir feiern, wenn Gott es uns erleben läßt, das 400 jährige Jubiläum jenes ersten gewaltigen 31. Oktobers, dieses Wendepunktes in der Weltgeschichte. Es kann gewiß nicht schaden, wenn wir belzeiten uns fragen, wie unser Volk diesem großen Erinnerungstage entgegengeht. Hat die evangelische Kirche die heilige Mission, die ihr anvertraut wurde, ein Salz der Erde zu sein, nach Kräften erfüllt? Ist Luthers Freiheitsgeist, Selbennut, Bekenntnisfreudigkeit noch ebenso lebendig in unserer Mitte, wie seine kindliche Demut, seine unmanbelbare Glaubensstreu, sein bergewerfender Gebotsgeist? Weiß unser Volk jene geistigen und geistlichen Schätze, welche die Reformation uns beschert hat, noch in gleicher Weise zu wärtdigen wie einst unsere Vordäter, wie insbesondere jene treuen Eulanten, die ehemals über die Grenze in unsere Gemeinden gekommen sind? Die Erinnerung an große Gnadengaben, die unserm Volke zuteil geworden sind, steht vor unseren Augen wie eine ernste Richtergestalt, die uns fragt, wie wir die Zentner, die Pfunde verwaltet haben, die wir erhielten, ob wir festgehalten haben, was eine große Zeit als Erbtteil uns hinterlassen hat.

Man kann wohl oft in den besten Kreisen unseres Volkes ein Sehnen hören nach einer neuen Reformation, nach einer neuen Erweckung des Glaubens, nach einer neuen Aufstärkung des guten, edlen Geistes, der in den Tiefen unseres Volkslebens schlummert. Das ununterbrochene Rennen nach Zerstreung, das atemlose Jagen nach Titel und Rang, das gierige Verlangen nach Herrschaft und Macht, das helße Hungern nach Gold — sind das Zeichen dafür, daß die Volksseele hungert und dürstet nach Gott? Wird der Herzenskündiger unserm Volke durch eine neue Reformation von neuem die Quellen aufdecken, aus denen das lebendige Wasser in die Seelen der Menschen sich ergießen kann? Wir wissen es nicht. Jedenfalls lehrt die Erfahrung, daß sich in der Geschichte niemals dieselbe Bewegung genau wiederholt. Auch sehen wir in unseren Tagen andere Schäden, andere Bedürfnisse, andere treibende Kräfte als

zu Luthers Zeit. Eins aber ist sicher, daß das Heilmittel für unser Volk auch gegenwärtig kein anderes sein kann als das alte, ewig neue Evangelium, diese Kraft Gottes, die da selig macht alle, die daran glauben. Ein Reformator, der wirklich unser Volk auf neue Höhen führen will, muß es darum in der Kraft lebendigen Glaubens zu dem wieder hinführen, von dem es auch heute gilt: „Es ist in keinem Andern Heil, als allein in Jesu Christo gestern und heute und derselbige auch in Ewigkeit.“

Politische Tagesübersicht.

* Se. Maj. der König wird am 14. November zum Besuche des Prinzregenten Ludwig in München eintreffen. Auf dem Bahnhofe findet großer militärischer Empfang statt. — Am 8. November wird der König einer Einladung des Kaisers zur Hofjagd nach Königsmusterhausen folgen.

* Zum Besuche Kaiser Wilhelms in Wien schreibt die „Neue Freie Presse“: Kaiser Wilhelm hat sich, wie man in diplomatischen Kreisen erzählt, sehr beklübt über seinen Aufenthalt in Schönbrunn ausgesprochen, der auch einen diplomatischen Charakter trug. Der Kaiser nahm Gelegenheit, zweimal mit dem Grafen Berchtold zu sprechen.

* Die Königin von Griechenland ist am Montag früh mit ihrer Schwester, der Prinzessin Friedrich Karl von Hessen und ihren Kindern, dem Prinzen Paul, sowie den Prinzessinnen Helene, Irene und Katharina, von Cronberg nach Berlin abgereist.

* Die Regelung der braunschweigischen Thronfolge durch den Bundesrat. Nachdem am Montag in der Plenarsitzung des Bundesrats der Vertreter der herzoglich braunschweigisch-lüneburgischen Regierung, Staatsminister Hartwig, unter Vorlegung der Verzichtsurkunde davon Mitteilung gemacht hatte, daß Se. Königl. Hoheit der Herzog von Cumberland auf den Thron von Braunschweig verzichtet habe, beschloß der Bundesrat einstimmig, dem Antrage Preußens wegen der Thronfolge in Braunschweig zuzustimmen. Damit hat der Bundesrat unter Aufzählung der Ereignisse der jüngsten Vergangenheit festgestellt, daß die Regierung des Prinzen Ernst August von Cumberland mit der Reichsverfassung und dem Wortlaut der Bündnisverträge nicht mehr unvereinbar sei.

* Nach amtlichen braunschweigischen Nachrichten findet der Einzug des Herzogpaares in Braunschweig am 3. November statt.

* Die deutsch-englischen Beziehungen. Die Behauptung eines auswärtigen Blattes, bei den gegenwärtigen Verhandlungen zwischen Deutschland und England handle es sich im wesentlichen um eine Aufteilung des portugiesischen Kolonialbesitzes zwischen den beiden genannten Mächten, wird von unterrichteter Seite als unzutreffend erklärt. Eine Verständigung zwischen Deutschland und England für den Fall, daß Portugal sich ganz oder teilweise seines Kolonialbesitzes entäußern wolle, sei längst getroffen und es liege zurzeit kein Anlaß vor, auf diese Frage zurückzukommen, da Portugal an eine Veräußerung seiner Kolonien oder eines Teiles nicht denke.

* Der Kampf zwischen Ärzten und Krankenkassen. Unter ungemein zahlreicher Beteiligung von Ärzten und Ärztinnen fand am Sonntag in Berlin ein vom Deutschen Ärzteverein einberufener außerordentlicher deutscher Ärztetag statt, um zu den Streitigkeiten zwischen den Ärzten und den Krankenkassen vorständen Stellung zu nehmen. Es waren 458 Delegierte von 387 Ärztevereinen, die 21207 Stimmen vertraten, aus allen Teilen des Reiches einschließlich Elsaß-Lothringen anwesend. Es gelangte schließlich eine Resolution zur Annahme, gegen welche von den vertretenen 21207 Stimmen nur 164 stimmten. Sie besagt im wesentlichen: „Der außerordentliche deutsche Ärztetag macht es jedem einzelnen Arzt und jeder ärztlichen Vertretung zur Pflicht, von jetzt ab mit keiner Krankenkasse einen Vertrag abzuschließen und die kassenärztliche Versorgung aller früheren wie auch neu hinzutretenden Versicherten unbedingt abzulehnen. Die Kranken werden die Hilfe ihres Arztes nach wie vor finden, uneingeschränkt, nur ohne die Einmischung einer Kassenverwaltung.“ Den Krankenkassen kann unter der Voraussetzung der Unerfüllbarkeit der ärztlichen Forderungen von ihren Aufsichtsbehörden das Recht verlihen werden, den Versicherten an Stelle der freien ärztlichen Behandlung eine Varentschädigung zu gewähren.

* Die Antwort der Krankenkassen an die Ärzte. Der Hauptverband deutscher Ortskrankenkassen (Dresden), der Hauptverband deutscher Betriebskrankenkassen (Essen),

der Gesamtverband deutscher Krankenkassen (Essen-Köln), der Allgemeine deutsche Knappschaftsverband (Berlin) und der Verband deutscher Innungskrankenkassen (Hannover) nahmen am Montag auf einer Vertreteritzung in Berlin Stellung zu den Beschlüssen des Ärztetages vom Sonntag. Man stellte zunächst fest, daß diese Beschlüsse den allgemeinen Kampf gegen die Träger der gesetzlichen Krankenversicherung und den Generallstreik diesen gegenüber bedeuten. Dann wurde weiter erklärt, daß die Kassen sich lediglich in der Abwehr befänden. Einigungsverhandlungen seien gescheitert, weil die Ärzteorganisationen allgemein die Durchführung der freien Arztwahl bei den Kassen durchsetzen und das Kassenarztsystem nur noch ausnahmsweise und für eine kurze Uebergangszeit bestehen lassen wollen. Die Abstufung der Honorare sollte nach der Höhe der Einnahmen der Versicherten erfolgen; alle Arztoeträge sollten zum gleichen Zeitpunkt ablaufen. Diese Forderungen der Ärzteorganisationen wurden als Mindestforderung bezeichnet. Bei dieser Regelung würde den nach dem Gesetz verantwortlichen Kassenvorständen der Einfluß auf die Kassenverwaltung genommen werden. Für eine Gestaltung der Verhältnisse, die die Kassen den Ärzteorganisationen so ausliefert, könne kein Kassenvorteiler die Verantwortung übernehmen.

* In Baden haben die Nationalliberalen, die Fortschrittliche Volkspartei und die sozialdemokratische Partei für die Stchwahlen am 30. Oktober den Großblock erneuert.

Oesterreich-Ungarn.

* Das Agrarmer Garnisonsgericht verurteilte den russischen Untertan Jan Koop wegen Spionage zum Tode durch den Strang. Koop hatte mit den schon bestrafte Spionen Bravura, Beloeffy, Berant und anderen für den russischen Generalstab im Bereiche des 13. Armeekorps Spionage getrieben. Wenn die oberen Gerichte Koop nicht begnadigen, muß das Todesurteil noch im Oktober vollstreckt werden.

England.

* In Großbritannien beginnt der Rückgang der Geburten den Behörden und den Sozialpolitikern nun ebenfalls ernste Sorgen zu bereiten. Im Jahre 1911 gingen die Geburten auf 24,4 von 1000 Einwohnern zurück, und daß damit noch nicht der Tiefstand erreicht zu sein scheint, geht daraus hervor, daß die provisorischen Ziffern für 1912 schon jetzt einen Rückgang auf 23,8 ergeben. Vergleicht man diese Ziffern mit der deutschen Geburtenstatistik, so zeigt sich, daß in derselben Zeit, d. h. zwischen 1876 und 1912, der Rückgang in beiden Ländern ein ganz gleichmäßiger gewesen ist. Im Jahre 1876 hatte Deutschland 42,6 Geburten auf 1000 Einwohner, es war also England, dessen Geburtenziffer damals 36,3 betrug, um 6,3 überlegen. Im Jahre 1911 betrug die Geburtenziffer in Deutschland 29,5, sie war somit der englischen noch um 5,1 überlegen, was verhältnismäßig etwa dem deutschen Vorprung von 1876 gleichkommt. In beiden Ländern betrug der Rückgang binnen 25 Jahren ungefähr ein Drittel. Für England ist die Abnahme der Geburten allerdings dadurch noch fühlbarer, da Großbritannien sehr vielmehr Verlust durch Auswanderung zu verzeichnen hat als Deutschland. Im Jahre 1912 wanderten aus Deutschland 18545 Personen aus, aus Großbritannien und Irland aber 418000. Allerdings gingen davon mehr als 300000, also etwa zwei Drittel, nach Britisch-Nordamerika, Britisch-Südafrika und Australien, sie blieben also sozusagen der britischen Flagge erhalten, aber sie gingen doch dem eigentlichen Mutterlande verloren. So kommt es, daß, während die deutsche Bevölkerungszunahme in den letzten Jahren trotz der Abnahme der Geburten durchschnittlich jährlich noch immer etwas über 800000 betrug, die britische sich auf noch nicht 400000 belief.

Spanien.

* Das Ministerium Romanones, das im Mai d. J. schon einmal eine schwere Krise durchmachte, damals aber durch das Vertrauen des Königs Alfonso im Amte belassen wurde, ist ganz plötzlich gestürzt. Die Ablehnung eines von der liberalen Regierung beantragten Vertrauensvotums im Senat führte zur Demission des Kabinetts. Der Ministerpräsident begab sich sofort nach der Senatsitzung ins Schloß und zeigte dem Könige seinen und des Ministeriums Rücktritt an, der auch sofort angenommen wurde. Nach Beratung mit verschiedenen Parteiführern hat sich der Monarch dahin entschieden, die Regierung den Konservativen zu übertragen. Leicht mag dem Könige dieser Entschluß nicht geworden sein, denn es ist bekannt,